

der beiden Länder Wapenabstände entstanden sind, die eine Verhängung erforderlich haben.

Die englischen Genossen erklärten weiter, daß sie wegen der für sie in Deutschland zu treffenden Verhältnisse mit dem Reichsverband im allgemeinen nicht einverstanden wären; die Einzelheiten dieser Verhältnisse hätten sie erst bei ihrem Eintreffen in Deutschland kennen gelernt. Ihre Bitte hätte privaten Charakter tragen sollen, außer dem Empfang von öffentlichen Verordnungen seien öffentliche Empfänge nicht erwünscht gewesen. Nachdrücklich vermahnte sie sich gegen eine auch in die deutsche Parteipresse übergegangene Behauptung des Genossen Clafer im Labour Leader, die vermuten ließe, daß die Kosten ihrer Reise von den deutsch-englischen Reisevereinigungen getragen würden; sie seien vielmehr auf ihre eigenen Kosten gereist. Es muß hier auch festgestellt werden, daß eine solche oder ähnliche Mitteilung dem Genossen Clafer, der einige Tage vorher in Berlin war, von Mitgliedern des Parteivorstands oder der Generalcommission nicht gemacht worden ist. Weiterhin war man sich gegen die fälschlichen, mündlichen Ausreden des großen Hais waren, die feigste Angelegenheit damit als erledigt zu betrachten sei und nun von beiden Seiten alles geschieden müßte, um ein gutes Verhältnis und eine möglichst gute Fühlung der Arbeiterbewegung in England und in Deutschland herbeizuführen.

Politische Uebersicht.

Salte a. S., 14. Juni 1900.

Das Finanzprogramm der Regierung.

Am Dienstag präsiensmäßig war der Schiefer fallen, hinter dem die Regierung ihre Pläne verbergt. Man wird genau erfahren, wie der Reichstagler und der Bundesrat die Lösung der Krise zu finden hoffen, was von der Arbeit der Finanzkommission sie abgeplenen und welche Änderungen und Ergänzungen sie vorschlagen wollen.

Die Grundzüge des Regierungsplanes sind allerdings schon am Sonnabend in einer Mitteilung der Köln. Ztg., die vom Wollfischen Telegraphenbureau verbreitet wurde, enthüllt worden, wozu es sich nicht etwa um einen Versuch handeln sollte, die öffentliche Meinung noch im letzten Augenblick auf eine falsche Fährte zu locken. Danach will die Regierung die von den Sozialisten vorgeschlagenen Steuererhöhungen durch eine Erhöhung der Besteuerungsmittel durch eine Schenksteuer und eine Steuer auf den Umsatz von Grundstücken ersetzen. Außerdem taucht eine ganz neue Steuer auf die Besteuerung der Feuerversicherungsprämien. Sind diese Angaben richtig, dann sind die konservativen Steuerzuschläge durch bedeutend schlechtere, schädlicher erstet worden, durch Vorschläge, denen man im Interesse weiserer Volkstreu und des Verzehrs nicht einmal, wie den konservativen, in ihrem Grundgedanken zustimmen kann. Während z. B. die Notierungsteuer nur den meist sehr wohlhabenden Besitzer von Wertpapieren trifft, trifft die Erhöhung der Wechselstempelgebühren und die Schenksteuer auch den mittellosen, kleinen Geschäftsmann, die Besteuerung der Feuerversicherung trifft jeden, der seine Vorräte oder sein Mobiliar verliert, also auch die umgesehene Ware und den pflichtigen Besitz.

Und das sind nun die „Bestimmungen“, die den Ausfall der Erbschaftsteuer ergeben sollen. Insbesondere wird von der Steuererhöhung der Erbschaftsteuer, die auf 40 Millionen geschätzt wird, offiziell erklärt, daß sie zu diesem Zwecke bestimmt sei. Danach würde der Ertrag der neu einzubringenden Erbschaftsteuern auf höchstens 40 bis 50 Millionen zu schätzen sein. Nach den letzten veröffentlichten Ziffern der Reichseinnahmen für 1900 wurden in diesem Jahre aus Erbschaften fast genau 30 Millionen Mark an Reichsteuern aufgebracht. Rechnet man die 40 bis 50 Millionen dazu, die aus der neuen Erbschaftsteuer gewonnen werden sollen, so ergibt das einen fünfzigsten Gesamt-ertrag aus Erbschaftsteuern von 70 bis 80 Millionen Mark.

In England ergaben die Erbschaftsteuern im Durchschnitt der letzten Jahre einen Ertrag von rund jährlich 40 Millionen Mark. Nach den Vorschlägen der englischen Regierung soll dieser Ertrag zunächst um 78 Millionen Mark, später noch um weitere 52 Millionen Mark, insgesamt also um 130 Millionen Mark erhöht werden.

Nach der Durchsicht der Finanzreformen in beiden Ländern wichen sich also in beiden Ländern sehr verschiedene Erträge aus Erbschaftsteuern ergeben, und zwar in England 50 Millionen Mark, in Deutschland 70 bis 80 Millionen Mark.

England wird also das Eisen- und Stahlwerk um rund 450 Millionen Mark mehr an Erbschaftsteuern verzeichnen

als das Deutsche Reich. In Deutschland soll bei der neuen Finanzreform fast genau ebensoviel an Vollbesitzenden und verkehrsrechtlichen Abgaben heraus geholt werden, nämlich 400 oder aber 400 Millionen Mark. Wäre der Ertrag der Erbschaftsteuer auf die Höhe des Eisen- und Stahlwerks, die höhere nicht nur jene neuen Abgaben überflüssig, sondern es bliebe noch gerade genug übrig, um z. B. die Salzsteuer aufzuheben, die im letzten Jahre 58 Millionen eintraug, also den Kopf der Bevölkerung mit nahezu einer Mark belastete!

Streichholzläste.

In ihrem letzten Wochenrückblick die Nordb. Allg. Ztg. eine letzte Warnung an die konservativ-herklichen Finanz- und Steuerminister ergaben; wenn sie den Vogen überlassen, dann Das Blatt schreibt:

„Ihre die Dringlichkeit des Schicks, noch in diesem Sommer 500 Millionen Mark neue Einnahmen gefällig sicher zu stellen, besteht nirgends im Lande ein Zweifel. Gelting es infolge der widerstrebenden wirtschaftlichen und politischen Interessen, im Laufe der nächsten Wochen zu einer Einigung zu gelangen, so wird der Widerfall eines solchen Vorgehens bei den Wählern aller bürgerlichen Parteien ein äußerst starkes sein.“

Der Widerfall bei den Wählern kann sich wohl nur bei Wahlen zeigen, falls also die Warte ein Jahr haben, so können sie im übrigen plädiert die Nordb. Allg. Ztg. für Erhöhung der Steuern, die den Massenkonsum treffen: Steuern auf Zehel und Brantwein!

Die entwerfenden allgemeinen Genusmittel sind nicht so herangezogen worden, wie es das Interesse der Reichsfinanzen verlangt. Beim Brantwein und insbesondere beim Zehel bleibt die eingekaufte Beträge erheblich hinter den Mehrforderungen zurück.“

Hier sei einzufügen und nicht beim Großhandel, denn, so heißt es an einer andern Stelle: „Es ist eine unerläßliche Voraussetzung für das Zustandekommen der Reform, daß diese volkswirtschaftlich schädlichen Steuern, insbesondere die Notierungsteuer, die Wollenssteuer und der Kassenausfall wieder gestrichen und an ihrer Stelle Abgaben eingeführt werden, die den höchsten Forderungen der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit entsprechen, und die gleichzeitig den Verleite nicht stärker als unbedingt notwendig erschweren.“

Wie die Forderung des Bilanzorgans von Steuern, die der Gerechtigkeit entsprechen“ die größte Gerechtigkeit darstellt, die man sich denken kann, so ist die Drohung mit einer eventuellen Reichstagsauflösung ein Wapenzug, mit dem man höchsten politische Sünden sühnen kann. — Wilow könnte bei etwaigen Neuwahlen sein blaues Wunder erleben! Die blinde Schiffe der Nordb. Allg. Ztg. werden also niemand sühnen.

Die Erbschaftsteuer der Regierung.

Einem Berliner Telegramm der Köln. Ztg. zufolge schloß die Regierung als Ertrag für den durch Veränderung der Erbschaftsteuer eintretenden Ausfall die Besteuerung der Feuerversicherungsprämien mit einem Drittel pro Mille vor! Der Ertrag hieraus wird auf 40 Millionen Mark veranschlagt. Ferner soll eine Erhöhung der Wechselstempelgebühren auf Wechsel, die länger als drei Monate umlaufen, und eine Schenksteuer — der Vollbesitzende bleibt frei — vorgezogen sein. An Stelle der Wertpapiersteuer soll eine Steuer auf den Umsatz von Grundstücken mit 1/2 Prozent geplant sein. Wie es heißt, stimmt die verändernde Regierung der Besteuerung zu, deren Ertrag auf acht Millionen Mark geschätzt wird.

Besteuerung reichsstaatlicher, gewerblicher Anlagen.

Im Reichsamt des Innern wird zurzeit ein Entwurf über die Besteuerung von reichsstaatlichen, gewerblichen Anlagen durch die Kommunen vorbereitet, die dem Reichstag in der nächsten Session gehen wird. Es wird angenommen, daß die Regelung dahin gehen soll, daß das Reich für seine Betriebe in jedem Bundesstaat nach dem gleichen Grundätzen herangezogen wird, die die Steuererhebung der einzelnen Bundesstaaten für die Besteuerung ihrer eigenen staatlichen Anlagen aufgestellt hat.

Reisefreier im Junkerparlament.

Jetzt, nachdem das preussische Herrenhaus den Fahrradstempel abgelehnt hat, magt die Post eine Entschüpfung über die Gründe, die den Reichstag veranlaßt haben, den Fahrradstempel zu beschließen. Das Blatt schreibt: „Unter den Gründen, welche für die Mehrheit des Abge-

ordnetenhausens bestimmend waren, trotz der auf der Seite liegenden Bedenken gegen den Fahrradstempel, war der Beschluß seiner Kommission anscheinend zu erlassen, nach der Einführung eines Beschlusses über den Antrag auf Erhebung dieses Stempels in erster Linie von dem Sozialdemokraten gestellt war, und man nicht den Anschein erwecken wollte, als würde man trotz tiefen Angriffs zurück. Diese Erörungen fallen naturgemäß fort, wenn das Herrenhaus den Fahrradstempel beschließt.“

Dieses allerhöchste Ergebnis, daß der Post entfällt, ist wohl nicht anders, als eine plumpe Ausrede, mit der man die moralische Oberseite, die die Dreifachkammer von den Seiten der „Guten Kammer“ erhalten haben, benämten will. Daß das Dreifachhaus die reaktionäre Politik, die sich denken läßt, auch noch durch die fünfjährige und aberknechtigen sollte — das trauen selbst wir ihm nicht zu!

Deutsches Reich.

— **Parlamentarisches.** Die Fraktionen des Reichstags sind zum 15. Juni beauftragt Stellungnahme zu den Vorschlägen der Finanzkommission einzubringen. Die Anticipationskommission über die in der Sitzung des Reichstags am Montag abgelehnten Reichstagsbeschlüssen beauftragt der Reichstagspräsident, die Beschlüsse des Reichstags in der Sitzung vom 28. Juni ab einer Sitzung abhalten und die Reste, hauptsächlich Petitionsberichte, erledigen und sich mit den Veränderungen des Herrenhauses an der Beratung und Stempelsteuern beschaftigen. Der Schluß der Session soll spätestens am 28. Juni eintreten.

— **Das Verfahren gegen Eulenburg.** Am Sonnabend trat die aus drei Richtern bestehende Beschlußkammer (heißt die Strafkammer) unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Spittler zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen. Wie gemeldet wird, soll es sich in der Beratung um einen Antrag des Oberstaatsanwalts gehandelt haben, die vom kaiserlichen Eulenburg gestellte Kaution von 100 000 auf 500 000 Mark zu erhöhen. Einer Erhöhung der Kaution wurde zugestimmt, über die Höhe des Betrages ist noch nichts Näheres bekannt. Gleichzeitig soll das Gericht den Beschluß gefaßt haben, die württembergische Deputation nochmals zur schleunigen Erhaltung eines Gutachten aufzufordern, um zu ermitteln, ob es möglich ist, die Verhandlungen in einer demnach abzuändernden Extra-Sitzung abzuhalten und so Ende zu führen.

Die Staatsanwaltschaft führt jedoch Klage darüber, daß die Tatsache der Entlassung des Strafkammerpräsidenten von Eulenburg nach Verleumdung des kaiserlichen Eulenburg durch eine Zeitung bekannt gemacht und der kaiserliche Eulenburg nach Berlin verbracht worden sei, noch bevor er die ursprüngliche Absicht, seine Genesung herbeizuführen, verwirklichen konnte. Es sollen Ermittlungen angezettelt werden, um jene Absicht zurückzuführen ist.

Es ist rührend, wie artzühilfend und rücksichtsvoll zumellen auch ein preussischer Staatsanwalt gegen einen Angeklagten sein kann — wenn er Philipp Eulenburg heißt und ein Jurist ist.

— **Ein „schlafentfahrener“ Notendirektor.** In der letzten Sitzung des Kriegsgerichts der 18. Division (Altona) hatte sich der Sergeant Appel von der 6. Kompanie des 31. Infanterieregiments wegen fortgesetzter Mißhandlung des Musketiers Richter zu verantworten. Der gefällige Angeklagte gab zu, den Soldaten fünf- bis sechsmal mit einer Unterhose um die Ohren geschlagen und ihm außerdem zwei Fausthiebe ins Gesicht versetzt zu haben, weil in der Unterhose des L. der Name seines Kameradenunteroffiziers habe viel Ärger und so sei ihm die Hand ausgeführt. Der mißhandelte Soldat sagte aus, durch die Faustschläge sei ihm das Zahnfleisch gelockert gewesen und der Mund habe blutige geluldet. Der Ankläger hielt zwar einen milder schmerz hall für vorzuziehen, beantragte aber in Rücksicht auf die Hebel 15 Tage Militärgefängnis. Das Urteil lautete auf zehn Tage (1) Militärgefängnis. — Ja, die Soldatenpeiniger werden jetzt streng bestraft!

— **Das verhafte Politisch.** Vor dem Charlottenburger Schöffengericht fand eine Verhandlung gegen Mitglieder des politischen Wahlvereins statt. Während der Beratung der Richter über das Urteil unterließ sich der Verteidiger Söldner mit dem Angeklagten in politischer Sprache. Der Staatsanwalt beantragte gegen diese Ordnungswidrigkeit von 20 Mark für den Rechtsanwalt, weil er vor einem deutschen Gericht politisch geredet habe. Das Gericht lehnte die Verhängung einer Ordnungswidrigkeit ab, da es selbstverständlich keinem Verteidiger verwehrt werden könne, in beliebiger

Kleines Feuilleton.

Ein fürstlicher Steuerdrücker von damals.

Es ist nicht uninteressant, gerade jetzt aus der Geschichte der preussischen Kleinrenten ein Bildchen auszugraben, wie sich ein Fürst während der obersten Grundbesitzer einer ungeliebten der bestertheu drückte. Seiner großen Verdienste wegen erhielt Fürst Metternich im Jahre 1816 vom österreichischen Kaiser die Abtei Johannsburg am Rhein zum Geschenk. Diese Bestimmung mit ihren Weinbergen hatte einen außerordentlich hohen Wert, denn nach den Aufzeichnungen vom Jahre 1811 umschloß die Abtei Johannsburg aus der Weinrebe einen Ueberflus von 100 000 Talern. Da der Johannsburg zum Zeitpunkt Nassau gehörte, wurde die fürstliche Metternichsche Verwaltung von der nassauischen Steuerbehörde auch zur Zahlung von Steuern aufgefordert. Fürst Metternich war aber durchaus nicht zum Steuerzahlen aufgelegt; er ließ zwar durch seinen Verwalter ein Schreiben an die nassauische Regierung gelangen, monach demnach, und auch „unverzüglich“ eine Auslegung in Aussicht gestellt wurde, die nassauische Regierung wartete aber vergeblich auf einen solchen Ausgleich. Und nicht nur der staatlichen Behörden blieb Metternich die Steuern schuldig, auch die benachbarten Gemeinden, an die die Abtei Johannsburg für Wege und andere gemeinschaftliche Einrichtungen Aufträge leisten mußte, erließen nicht. Dafür aber ließ sich die fürstliche Verwaltung gegen den Anstreich zu zahlen, den die Bauern der Umgebung an die Abtei zu leisten hatten. Um zu ihren Steuern zu kommen, schickte die nassauische Staatsregierung in den ersten Jahren zehn häufig Mahnschreiben an den Johannsburg, weiter trautte sie sich aber nichts gegen den mächtigen Minister und Bevollmächtigten des österreichischen Kaisers zu leisten. Da sich die fürstliche Verwaltung auf dem Johannsburg nach und nach diese Beschlüsse der hohen herzoglichen nassauischen Steuerbehörde gewünschte, so ließ sie diese Schriftstücke ganz unbedacht, jedenfalls aber bezahte sie keinen Pfennig Abgaben, weder an den Staat noch an die Gemeinden. Einer solchen wahrhaft fahrlässigen Haltung gegenüber konnte es auch die nassauische Steuerbehörde nicht an dem Stande eines ungeliebten Mahners stellen, und sie ließ den Metternich fernhin mit ihren pflichtigen Forderungen in Ruhe. Etwas weniger schaffte waren die Bauern in den dem

Johannsburg benachbarten Gemeinden. Da die fürstliche Verwaltung gar keine Anhalten machte, die fälligen Abgaben zu entrichten, so verweigerten sie die Entrichtung des Anstreichs, angeblich aber ließen sie auf ein Nassau gerichtbares Kapital des Fürsten Metternich Beslag legen. Darob große Aufregung beim Metternich und eine energische Note an die nassauische Regierung. Wiewohl man wollte es Nassau nicht mit dem Metternich verdeden. Die nassauische Regierung ordnete die Aufhebung der Beschlagnahme an und versagte außerdem, daß die Bauern aus weitehin den Anstreich zu entrichten hätten. Um die armen Gemeinden um der Johannsburg herum einzuräumen schädlich zu halten, verhandelte sich aber die nassauische Regierung dazu, den Schaden teilweise zu erlesen, den die Gemeinden durch die Metternichsche Verwaltung erlitten hatten. So gingen die Jahre und die Jahrzehnte dahin, fürst Metternich aber brüllte sich stets um seine „Bestimmungen“ in Nassau. Erst im Jahre 1850 ließ sich Metternich, einem Besatze zustimmen, nach dem er künftig in Nassau Steuern zahlen sollte. Nach dem 1. Januar 1851 wurde denn auch fürst Metternich in Nassau wieder als Steuerzahler eingetragen. Der schlaue Fürst hatte sich aber vorher von der nassauischen Regierung bekehigen lassen, daß die Steuerrückstände seit dem Jahre 1816 nicht mehr eingetrieben werden durften.

Den Weinbergbesitzer und Reaktionsär Metternich bedachte übrigens Herrweg im zweiten Teil seiner Geschichte eines Lebensjüngers mit dem Epitheton:

„Metternich und Rollin sind die verwandte Geschäfte: Denn du ziehest am Stod Wölfer und Neben herauf.“

Napoleon I. und die Arbeiterorganisationen.

Als Napoleon erster Konul wurde und als er sich dann die Kaiserkrone aufs Haupt setzte, waren die Arbeiter keine begeisterten und treuen Anhänger. Und doch ist Bonaparte niemals ihr Feind gewesen. In dem her Napoleon als Reichskanzler einen Streikverbot durch Wassengehalt unterbricht; seit damals ludte er jeder Arbeiterorganisation Einberufung in den Weg zu legen. Ein Mitarbeiter der Gazette del Popolo weist an der Hand der jüngst erschienenen Erinnerungen des Grafen Capral nach, daß Napoleon ein Gesetz erdingen ließ, das die Arbeiterorganisationen und die Arbeiterorganisationen unterste und oberste Verbindungen im Reine erließen sollte. „Wenn die Arbeiter sich verbinden“, so heißt es in diesem Gesetz, „um zu gleicher Zeit die Arbeit nieder zu legen, die Arbeit in andern Berufen zu verhindern, zu verhindern, daß

die Arbeit vor oder nach bestimmten Stunden angefangen oder fortgesetzt werde, bzw. wenn sie sich in irgend einer Weise verbinden, um die Arbeit zu suspendieren, zu verhindern oder zu unterbrechen, so soll solche Verbindung, selbst wenn der Zweck, die Arbeit zu verhindern, scheitert, oder wenn er nicht über die Frist hinauskommt, mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden.“ — Arbeiterge dagegen wurden bei ganz gleichem Vergehen nur mit Geldstrafe belegt! Bei Streikverboten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wurde den letzteren auf Wort gelaugt, während der Arbeiter oder der Arbeiter die der Angehörige für die Beschlagnahme nicht ein mal die Strafe erbringen durften! Der Arbeiter war nicht nur vollständig von dem Arbeitgeber abhängig, sondern stand daneben auch unter der direkten Aufsicht der Polizei; er mußte ein Arbeitsbuch haben, das er, so oft er sich von einer Gemeinde in eine andere begeben wollte, von dem Bürgermeister oder Polizeikommissar unterzeichnen und beglaubigen lassen mußte. Der größte Gorge Bonapartes war die Repräsentation von Paris; aus diesem Grunde sühnen ihm Arbeiterereignisse, die eine Hungersnot herbeizuführen konnten, eines der schmerzhaftesten Verbrechen zu sein: „Ich fürchte weniger eine Schlichtung von 200 000 Mann als eine Arbeiterereignisse und einen Arbeiterkampf“, sprach er einmal; „wenn der Arbeiter seine Arbeit läßt, ist er sich zu allen möglichen bösen Streichen berechnen.“

Ein riesenhafter versteinerte Baum

ist in einer Rodenwalle in Südband entdeckt und in einer Sitzung der Gesellschaft für Geologie und Bergbau in Rastatt her beschrieben worden. Er zeichnet sich durch seine Länge aus, die nach dem Urteil der Sachverständigen überhaupt alles übertrifft, was man bisher von Resten der Pflanzenwelt aus der Steinbohlenzeit zur Erde gefördert hat. Der Abdruck des Stammes zeigt sich in einer Länge von rund 200 Meter und konnte auf eine Länge von rund 35 Meter verlängert werden. Es ließ sich erkennen, daß er aus außerordentlich dichter Epithelbohlen bestand, die in den Wäldern der Steinbohlenzeit mit die größte Rolle gespielt hat. Der Stamm lag nicht in einem Rodenwall, selbst, aber nur einen Meter darüber in den aufliegenden Schichten. Die Rinde des Stammes zeigte sich noch erhalten, während die Holzrinne des Stammes vermodernd waren. Ein Baum, der in der Länge von 200 Metern in seiner Größe im Vergleich mit schlanke Gabeln gesehen sein, denn sein Durchmesser betrug in einem Abstand von etwa 4 Meter über der Wurzel nur rund 70 Zentimeter.

Sprache sich mit seinen Klienten zu unterziehen. Der Rechtsanwalt soll sich über den Staatsanwalt beschweren.

Wahlkreis Bergarbeiter-Länd. Wie die Information ersieht, wird beabsichtigt, für Bergbau eine Kreiswahlbezirk zu bilden. Die Mitglieder der Deputation werden vom Landesminister ernannt (1) werden. Sie sollen sich nach Bedarf auf Ersuchen über berufliche Fragen äußern. Die Einrichtung wird demnächst erfolgen, doch besonders voraussetzungen sind zu berücksichtigen. Die Deputation wird voraussichtlich aus Vertretern des staatlichen und privaten Bergbaus, aus Betriebsleitern, sowie Beamten und Arbeitern bestehen. — In Bergbau „fordert“ man den Bergarbeiter durch Schaffung von Kommissionen und Deputationen — die dem Arbeiter keinen Vorteil bringen!

Wahlkreiswahl in Schwarzburg-Rudolstadt. Eine Nachwahl zum Rudolstädter Landtag ist für den Wahlkreis Königsee-Stadt zu erwarten, da unser dort gewählter Genosse Ernst Weitz nach Annaberger Ertragsperiode in unseren Händen und gilt als fester Bestand unserer Partei. Am November 1908 wurde Genosse Weitz dort mit 788 gegen 510 Stimmen des bürgerlichen Wählerstandes gewählt.

Erkennung. Wie aus Kreuzburg (Ober-S.) amtlich gemeldet wird, wurden bei der Erziehung zum preussischen Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Kreuzburg-Rosenberg von 288 Wahlmännern 287 Stimmen für den Rittergutsbesitzer Grafen v. Zieten (Zentrum) zu Emilio abgegeben, der somit gewählt ist. 88 Stimmen fielen auf den Kreisinspektor Herz (deutschnational).

Schweiz.

Staatlich subventionierte Arbeitsnachweise. Die Schweizer Bundesversammlung hat diese Frage einem Entwurf des Bundesrats zugestimmt, welcher die Errichtung und die Subventionierung der gemeinnützigen Arbeitsnachweise vorsieht. Die Arbeitsvermittlung muß unentgeltlich geschehen und soll unparteiisch durchgeführt werden. Bei Konflikten haben die Arbeitsämter eine neutrale Stellung einzunehmen. Die Vermittlung soll dann nicht eingestellt werden, aber die Arbeitsuchenden sind auf die Tatsache des Konflikts (Streik, Sperre, Auspöcherung) aufmerksam zu machen. Auch die Unterbringung von Arbeitsnachweiser der Gewerkschaften ist vorgesehen. Die Ausgaben des Bundes werden sich auf circa 50 000 Franc belaufen.

Frankreich.

Durchschnittliche Telegraphenbrüche.

Paris, 18. Juni. Bei Paris wurden in der letzten Nacht sämtliche Telegraphen- und Telefonleitungen durchschnitten.

Italien.

Die Militärfrage angenommen.

Rom, 18. Juni. Das Heeresprogramm der Regierung wurde von der Kammer mit 322 gegen 51 Stimmen der Sozialisten und Republikaner angenommen.

Rußland.

Die Pressefreiheit.

Dieser Tage ist in Moskau ein Buch erschienen, welches die russischen Presseverhältnisse grell illustriert. Es enthält die Namen aller Richter und Zeitungen, welche am 17. Oktober 1908, dem Tag der Verkündung der sogenannten Pressefreiheit, bis zum 1. Januar 1909 von den Behörden konfisziert worden sind. Die Aufzählung der Autoren und der Überschriften der konfiszierten Bücher und Zeitungen allein nimmt einen Raum von 160 Druckseiten ein.

Türkei.

Im Aretia.

Konstantinopel, 18. Juni. Hier geht das Gerücht, die Regierung sei fest entschlossen, in der kretischen Frage eine energische Haltung einzunehmen. Ohne sich dem Vorwurf der Provokation ausgesetzt, sei man bereit, alle Mittel, auch militärische, anzuwenden, um zu verhindern, daß nach der Entsendung der internationalen Truppen irgend eine Veränderung des staatsrechtlichen Zustands auf der Insel Platz greife. Der Kaiser schreibt, wenn die Mächte ihre Truppen aus Aretia zurückziehen, ehe die Lage auf der Insel sich konsolidiert hätte, so würde die Befehle der Kaiserin sich verhalten. Aretia wäre dann gegenüber der Türkei in der Lage eines Besetzten und diese wäre gezwungen, Kriegsschiffe und Truppen dahin zu senden, um ihre Souveränitätsrechte zu wahren. In diesem Falle könnte ein Krieg mit Griechenland ausbrechen, dessen Regierung die Erhebung des Volkes vielleicht nicht hinstanzhalten vermöge. Daher habe die Kaiserin die Mächte ersucht, ihre Truppen nicht zurückzuziehen. Dies bedeute aber keine Lösung der Streitfrage, man müsse sich vielmehr mit den Mächten über die Form der Autonomie Aretias und über die Wahl des Gouverneurs verständigen.

Konstantinopel, 18. Juni. In hiesigen diplomatischen und Regierungskreisen glaubt man nicht, daß es wegen der Streitfrage zu kriegerischen Verhandlungen mit Griechenland

kommen werde. Sollte dies jedoch der Fall sein, so wird der Kommandant des Konstantinopel Marine-Rückzugs Regatta das Oberkommando über die gegen Griechenland operierende Armee übernehmen.

Amerika.

Wuestel auf den Philippinen.

New York, 14. Juni. Die Langenbarmerie in Davao auf den Philippinen meuterte und griff amerikanischen Militäran. Es gab viele Tote und Verwundete.

Japan.

Gesetz in Dresden.

Kyoto, 14. Juni. In Konokai wurden 17 japanische Arbeiterführer verhaftet und der Anstellung eines Kommissars zum Amtszweck (1) der gegenwärtigen Verwaltung angeordnet. 8000 japanische Arbeiter streikten infolgedessen. Der Kapitalismus ruft überall dieselben Erscheinungen hervor. — Der Solidaritätsstreik der 8000 Arbeiter ist aber auch zugleich ein erfreuliches Zeichen für das Wachsen der Arbeiterbewegung und das Erstarren des sozialistischen Gedankens in dem jüngsten der kapitalistischen Länder.

Aus der Partei.

Parteitag und Landarbeiterfrage.

Zu diesem Thema schreibt der Genosse Lind in der Vorwärts: Der Vorwärts bemerkt in Nr. 129 das Fehlen des Themas Landarbeiterfrage auf der provisorischen Tagesordnung für den Parteitag. Er wünscht, daß die Sache auf dem Parteitag eckert wird. Inzwischen eine fruchtbringende Beratung sollen ein oder mehrere sachkundige Referenten bestellend und die Tagesordnung also mit dem Punkte Landarbeiterfrage ergänzt werden.

Durch Gründung der neuen Land- und Waldarbeiterorganisation ist die Landarbeiterfrage jetzt für uns in das Stadium der praktischen Betätigung getreten. Nach circa 15monatlichem Bestehen dieser Organisation wird man doch wohl nach derartige Erfahrungen haben sammeln können, um Änderungen vorzuschlagen, woher am Statut noch an der angeordneten Fassung der Organisation. Aber selbst wenn hierzu Material vorliegen würde, wäre es vollständig berechtigt, diese interne Angelegenheit der Landarbeiterfrage — denn eine solche ist die durch Gründung einer Vereinigung vorläufig geworden — auf einen vielbeschäftigten Parteitag zu behandeln. Nicht weil etwa nicht die ganze Partei auf dieser Frage hochinteressiert ist, sondern weil der Sache damit wenig oder gar nicht gebient sein dürfte. Wir haben im Reich eine große Anzahl meist sehr wichtige Parteiarbeiter, die praktisch den Landarbeiterverhältnissen fern und fremd gegenüberstehen und deren Delegierte auf dem Parteitag daher naturgemäß am und für sich jeder Sache nicht das genügende Interesse entgegenbringen dürften. Und man wenn sie dann noch am Schluß der Tagung verhandelt werden, wenn sie dann noch am Schluß der Tagung behandelt werden. Ferner bin ich der Ansicht, daß man tatsächliche Fragen, und auf solche kommt es hier in erster Linie bei dieser neuen Organisation an, nicht öffentlich auf dem Parteitag behandeln soll. Das würde nicht sein, sondern vielmehr unsern Gegnern nützen.

Dagegen empfehle ich, daß während der Tagung des Parteitag alle die Delegierten, die an der Landarbeiterfrage besonders interessiert sind, die auf diesen Gebiete Erfahrungen gesammelt haben und mit Rat und Tat der jungen Organisation in ihren agitatorischen Wirkungskreisen unter die Arme greifen können, mit dem Vorstand und den Gauleitern des Bundes zu einer Konferenz zusammenzutreten und dort ihre Meinungen austauschen. Das ist besonders deshalb dringend notwendig, weil die des Schutzes am meisten bedürftigen Landarbeiter der öffentlichen Vorbringen vor der Hand nur erst ziemlich stiefmütterlich von dem Verband, der in Mittel- und Süddeutschland seinen Sitz hat, beachtet werden können. Ob hierzu Referenten bestellt werden, lasse ich dahingestellt.

Der Herrmann Lind, Parteisekretär für Ostpreußen. Die Gründe, die Genosse Lind für eine nichtöffentliche Behandlung der Frage ins Feld führt, scheinen uns wenig stichhaltig. Galt man eine Erörterung des Gegenstands auf dem diesjährigen Parteitag für notwendig, dann kann das ohne Schädigung der Sache in vollster Öffentlichkeit geschehen.

Die Geldgeber der S. M.

Genosse Weibel schreibt dem Vorwärts: Auf den Brief, den die Genossin Mundt an mich richtete, habe ich folgendes zu erwidern:

1. Inwiefern meine Angaben über die der Genossin Mundt über ihren Besuch in Frankfurt a. M. richtig sind, darüber wird am besten Genosse Louis Opificius in Frankfurt a. M. Auskunft geben, mit dem seinerzeit die Genossin Mundt ebenfalls verhandelt und auf dessen Mitteilungen ich mich stützte. Ich habe den Genossen L. Opificius um eine Darlegung gebeten;
2. habe ich in meiner Erklärung nicht gesagt, daß die Genossin Mundt den von mir erwähnten Landtagsabgeordneten um Geld für die S. M. ersuchte, sondern, daß er auf der Liste derjenigen stand, die sie besuchen wollte;

Es ist ein Irrtum der Genossin Mundt, den Mann, der ihr in Frankfurt einen Beitrag für die S. M. gab, als keinen Parteimitglied zu bezeichnen. Derselbe war vielmehr ein sehr tüchtiger Finanzliberal, wie ich das noch zuletzt kennen lernte, als er und ich Ende Januar 1907 über mehrere der bevorstehenden Stichwahlen in der Frankfurter Gegenpersönlich verhandelt. Daß er die S. M. und auch die Gewerkschaften unterstützt hat, war mir bekannt, daß er aber auch Geldgeber der Sozialdemokratie (doch wohl der Frankfurter?) gewesen sein will, ist mir neu. Wäre diese Angabe der Genossin Mundt richtig, würde ich den Vorschlag entschieden ablehnen;

4. Konstatiere ich, daß aus den Aussagen, die der Genosse Dr. Krons mit mitterweiliger Herabsetzung, daß mit Ausnahme des erwähnten Frankfurter Falls aus bürgerlichen Kreisen keine Mittel für die S. M. geflossen sind. Am konstatiere dieses um so lieber, als ich trotz meiner bekannten Gewerkschaft gegen die S. M. nicht wünschen kann, daß ein Blatt, das der Sozialdemokratie dienen will — meines Erachtens ihr allerdings öfter weit mehr schadet als nützt — aus bürgerlichen Quellen gespeist wird. A. Weibel.

Auch die Frankfurter Volkstimme hat konstatiert, daß die Genossin Mundt im Irrtum ist, wenn sie angibt, daß der Geldgeber, von dem sie spricht, keiner bürgerlichen Partei angehört. Unser Frankfurter Organ schrieb:

„Wie leicht ersichtlich, handelt es sich bei der ganzen Angelegenheit um den verstorbenen Gallgärtner. Die Genossin Mundt irrt aber, wenn sie annimmt, daß Gallgärtner keiner Partei angehört habe. Er war bürgerlicher Demokrat, sogar eingeschriebenes Mitglied dieser Partei, wenn wir nicht irren, wenn er auch für alle Entbehrten stets eine offene Hand hatte. Auf dem Frankfurter Arbeiterorgan wo ihr dies gern mitgeteilt worden wäre, hat sich 1906 die Genossin Mundt keinen Platz für ihr Vorgehen geholt. Was den Landtagsabgeordneten betrifft, mit dem Genosse Weibel offenbar Stadtrat Dr. Tisch meint, so erklärt dieser der Kleinen Presse auf Befragen, er habe mit Selbstmutilation für die Sozialistischen Monatshefte nichts zu tun gehabt.“

Zu den letzten Sätzen dieser Notiz ist zu bemerken, daß auch noch eine andere Persönlichkeit als Stadtrat Dr. Tisch in Betracht kommen kann.

500 Mark Geldstrafe!

Zur Zahlung dieser Summe wurde der beamtenteiliche Redakteur der Artischen Volkstimme in Notibus Genosse Bredemuth, vorige Woche gerichtlich, weil er einen Fabrikanten beleidigt haben sollte. Von einem Fabrikbesitzer in Hork war in einer Notiz der Volkstimme behauptet worden, daß er einen Arbeiter gefoltert habe. Nun war das aber dem Gewerksmann ein Irrtum unterlaufen: Der Fabrikbesitzer hatte nicht einen beliebigen Arbeiter, sondern seinen eigenen, aber auch bei ihm beschuldigen sollen. Das war auch berichtigt worden. Trotzdem lief der Fabrikbesitzer zum Stab und ließ seine Klage durch einen Rechtsanwalt vortragen. Genosse Bredemuth erhob die Einwände, daß sein Gewerksmann bis dahin immer zuverlässig gewesen sei, und auch in diesem Falle keine Ursache vorgelegen habe, die Angaben zu bezweifeln; daß auch ein solcher Irrtum leicht möglich und entschuldigbar sei; daß er auch die Notiz in der gedruckten Form nicht durchgesehen hätte, wenn er nicht um die fragliche Zeit wegen des Fehlens eines Kollegen mit Arbeit überlastet gewesen wäre. Es half alles nichts, die Einwände wurden mit einer unerhörten Rücksicht und Unberücksichtigung hingenommen, die so viele unserer Richter auszeichnet — und danach das Urteil gesprochen.

Gewerkschaftliches.

Der Ausbruch der städtischen Arbeiter in Kiel
Die weitere Streife. Die streifenden Arbeiter haben Freitag vormittag in einer Versammlung beschlossen, daß alle, noch in den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken Beschäftigten, außerdem die Außenarbeiter der Wäse- und Wäsewerke und die in der Müllverbrennungsanstalt und der Roudertfabrik beschäftigten Arbeiter ihre im Zustand befindlichen Kollegen durch Arbeitsniederlegung unterstützen sollen.

Freitag morgen sind wieder 60 Arbeitsnützige eingetroffen. Die freistehende Kieler Zeitung weist schon darauf hin, daß im Falle dringender Not die städtische Verwaltung zwecks Aufrechterhaltung des Betriebes der Wasser- und Lichtwerke die Marineverwaltung um ihre Unterstützung bitten wird.

Lohnbewegung der Brauer.

Die Arbeiter der Brauerei Hallenkrug in Detmold haben nach längeren Verhandlungen einen Tarif mit der Brauerei abgeschlossen; es ist ihnen zugestanden: die 9½stündige Arbeitszeit ab 1. Oktober 1909, für Ueberstunden ein Aufschlag von 10 Pf., Erhöhung der Wochenlöhne um 1,00—1,50 Mark, vier Tage Urlaub, unter Fortzahlung des Lohnes, für die Arbeiter, die eine Jahr im Betriebe arbeiten.

Verantwortlicher Redakteur Karl Bod, für Redaktionselles und Lokales Otto Kleber, beide in Halle.

Sonntag, den 20. Juni 1909:

Grosse Matinee der Thonberger Sängers

im grossen Saale des „Volksparkes“.

Beginn pünktlich 1/2 12 Uhr vorm.

Liedertexte am Eingang gratis.

Programme à 30 Pfg. sind zu haben am-Büfett, des „Volksparkes“, im Partei-Sekretariat, in der Expedition des „Volkblattes“, im Büro der Metallarbeiter und in den Zigarrenhandlungen von A. Albrecht, Königstrasse und J. Sanow, Geiststrasse.

Die Geschäftsleitung. I. A.: Kretschmann.

Die Krankenkassen im Jahre 1908.

Die Berichte der sämtlichen Ortskrankenkassen für das Jahr 1908 sind nunmehr erschienen. Es ist ersichtlich, konstatieren zu können, daß das statistische Material und die sonstigen sozialpolitischen Mitteilungen, die sie bringen, von Jahr zu Jahr vollständig dargeboten werden. Sind doch gerade die sozialpolitischen Berichte der Krankenkassen geeignet, viel zur Erkenntnis des wirtschaftlichen und sozialen Lebens beizutragen. Die amtliche Statistik der Krankenversicherung erstreckt sich weitestgehend auf das soziale Material der Krankenkassen nur in ganz unvollkommener Weise. Man ist daher gegenwärtig in der Hauptlage auf das Studium der Einzelberichte der Kassen angewiesen.

Ein solcher Ueberblick zeigt, daß das Jahr 1908, das ein Jahr der wirtschaftlichen Krise war, auch zu einem solchen für die Krankenkassen wurde. Fast alle Kassen kamen über eine rasche Steigerung der Ausgaben. Zu einem Teile ist sie auf die allgemein steigende Krankenversicherung der Krankenkassen zurückzuführen, zum größten Teile aber auf die Arbeitslosigkeit. Die Zeiten ohne Einkommen führen zu schneller Ernährung und erhöhen so die Krankheitsgefahr, die Veranlassung das Verdrüßlichste, die Gelegenheit zu einer Kur zu benutzen. Die vielen Kassen ist auch die Zahl der Mitglieder zurückgegangen, was — da eine Reihe von Ausgaben ihre gleiche Höhe behalten — einen Einfluß auf das Kassenergebnis ausübt.

Ueber das gesamte Krankenkassenwesen in Preußen wird berichtet, daß noch nie eine wirtschaftliche Krise eine so unheilvolle Wirkung gehabt habe als im Jahre 1908. Die Mitgliederzahlen gingen gegenüber dem Vorjahre um 1134 zurück. Die Ortskrankenkassen in Preußen gibt an, daß das Jahr 1908 das ungünstigste seit Bestehen der Kasse war. Es brachte ihr ein Defizit von 10 568 M. Die Ortskrankenkasse in Kiel teilt mit, daß die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder um 800 abnahm. Die ungünstigen Erwerbsverhältnisse hatten auf den Krankheitsfall die volle Wirkung ausgeübt. In dieser trüben Zeit hätte auch nicht mit einer Beitragssteigerung hervorgetreten werden können. Die Ortskrankenkasse in Straßburg i. G. berichtet ebenfalls von einem Rückgang der versicherungspflichtigen Personen. Einem größeren Defizit begegnete sie durch Erhöhung des Beitragsfußes von 3/4 auf 4 Prozent des durchschnittlichen Tagelohns und der Wiedereinführung eines Karenztags für den Krankenzugewinn im Laufe des Berichtsjahres. Die große Ortskrankenkasse in München mit ihren jetzt 107 000 Mitgliedern gibt an, daß das finanzielle Ergebnis des Berichtsjahres wesentlich ungünstiger sei als das früherer Jahre. Der Krankenstand habe eine Höhe erreicht, wie nie zuvor, was zweifellos eine Folge der wirtschaftlichen Krise sei. Die Ortskrankenkasse Leipzig, mit ihren jetzt 162 000 Mitgliedern die größte Krankenkasse des Deutschen Reiches, spricht davon, daß die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse unter denen das Jahr 1907 bereits zu stehen hatte, in Berichtsjahre ihren Einfluß in verstärkter Weise geltend machten. Die Mehrausgabe an Krankenzugewinn, Krankengeldern usw. gegenüber dem Jahre 1907 betragen 2 700 000 M. in Höhe 11 Millionen M. In diesen Verhältnissen kam es zur Verminderung der täglichen Arbeitszeit oder zur Entlassung von Arbeitern. Allgemein wurde beobachtet, daß der Zuwachs von Mitgliedern in den höheren Klassen nur gering war, dagegen viele Klassenverluste von den höheren Klassen nach den niederen sind nötig machten. Die durchschnittliche Mitgliederzahl hat zwar eine kleine Zunahme erfahren, doch ist diese nur darauf zurückzuführen, daß die Hausgewerbetreibenden in Leipzig der Versicherungspflicht unterstellt wurden. Die Ortskrankenkasse Dresden (105 000

Mitglieder) berichtet, daß trotz der Mitgliederzunahme die Zahl der Erwerbsunfähigkeitsfälle um 1336 stieg. Die Mehrausgaben an Unterhaltungen betragen rund 150 000 M. Die Ortskrankenkasse in Magdeburg schreibt in ihrem Bericht, daß der wirtschaftliche Niedergang im Jahre 1908 Formen angenommen habe, wie sich ihrer die Geschäftskreise seit 30 Jahren nicht erinnern können. Infolge des niederen Verdienstes der Versicherten mußten viele Verletzungen aus höheren in niedrigere Klassen vorgenommen werden. Die Kasse hatte ein Defizit von 106 000 M. Höchstens merkt die Ortskrankenkasse in Chemnitz. Die Mitgliederzahl verminderte sich im Laufe des Jahres um rund 1000, der Selbstbetrag betrug sich auf 180 000 M. Die Ortskrankenkasse in Darmstadt berichtet ebenfalls von der wirtschaftlichen Krise, durch welche auch die Krankenkassen in Mitteldeutschland gezogen werden. Sie hatte eine Mehrausgabe an Krankenzugewinn allein von 25 000 M. Die allgemeine Ortskrankenkasse in Magdeburg mußte in den Jahren 1907 und 1908 ihrem Verbandsbeitrag 80 000 M. entnehmen. Die Ortskrankenkasse Gera schreibt, daß infolge der Krise die Mitgliederzahl ständig zurückging. Ähnliche Klagen bringen noch der Kassen in Silesien, Gießen u. a. g. B. e. m. e. r. h. a. n. e. n. u. m. Durch die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung würden die Krankenkassen in hohem Maße entlastet werden, so daß die ungünstigen finanziellen Ergebnisse der Krankenkassen in den letzten Jahren zum Teil auf die ständig sich erhebenden Arzthonare, auf die Verteuerung der Arzneien und Heilmittel, den wachsenden Umfang der Krankenhauspfege und der steigenden Kosten derselben usw. zurückzuführen sind. Trotz der Krise fanden sich auch im Jahre 1908 eine Anzahl Kassen, welche ihre Unterhaltungen noch irgend einer Richtung ausbauten. Im großen und ganzen zeigen die zum Teil recht interessanten Kassenergebnisse, daß die Arbeiter das Selbstverwaltungsrecht vorzüglich zu handhaben verstehen.

Gewerkschaftliches.

Kräfte und Polizei als Helfer der christlichen Gewerkschaften. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften bezeichnen es stets als Beleidigung, wenn man ihnen nachsagt, daß sie in ihren Organisationen die Gewerkschaft der Zentrumspartei besorgen, derjenigen Partei, zu deren Förderung die christlichen Sonderverbände ganz allein gegründet worden sind. Trotz der vielen vorliegenden Beweise leugnen die Herren diese Tatsache beharrlich ab; sie behaupten nach wie vor, daß sie unpolitisch, neutrale Gewerkschaften seien, im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die in Wahrheit sozialdemokratisch seien. Wie es aber mit der politischen Neutralität und parteipolitischen Passivität der christlichen Gewerkschaften in Wirklichkeit bestellt ist, das mag man wieder mal aus einem geheimen Dokument erkennen, das vom 4. Juni 1908 datiert und sämtlichen katholischen Pfarrern in Wien, dem Hauptstift der Zentrumsgewerkschaften, zugesungen ist. Das Zitatlaut beginnt wie folgt:

„Ein. G. m. b. H. gestatten sich das Kartell der christlichen Gewerkschaften Wien folgenden Zweck zu unterbreiten: Mithinrich ziehen Hunderte von Arbeitern, allein oder mit Familie, in die Gewerkschaft oder deren Vorrate. Mit den Gesetzen, die ihnen hier in religiöser und sittlicher Beziehung drohen, sind die meisten — namentlich vom Lande Zugehörigen — unbekannt. Solche Gefahren ergeben sich insbesondere aus dem begründeten Zusammenwohnen, dem täglichen Verkehr mit Angehörigen, der kirchenfeindlichen Presse usw. Auf der Arbeitsebene wird insbesondere seitens der sozialdemokratischen Arbeiter mit allen Mitteln darauf hingewirkt,

diese Leute für ihre Ideen zu gewinnen. Da ist es leicht zu verstehen, wenn so viele Zugewandene dem Christentum verloren gehen und in der Sozialdemokratie die wirkliche Vertreter ihrer Interessen erblicken.“

In dem Zitatlaut wird darauf hingewiesen, daß seit einigen Jahren die katholischen Arbeitervereine „planmäßig die Gewinnung dieser Zugewandenen mit Hilfe der Pfarrämter für sich erstreben.“ Zu dem Zwecke werden von den einzelnen Pfarrern den katholischen Arbeitervereinen allmählich die Listen der zugewandenen Personen bzw. Familien überlassen. Die Kartellkommission wünscht nun, daß für die Folge auch die anderen christlichen Gewerkschaften die Listen ausgeben würden. Dadurch würden wir in die Lage versetzt, die Zugewandenen durch unsere Vertrauensleute aufsuchen zu lassen, und zu versuchen, sie für unsere Sache zu gewinnen. Viele würden so durch unsere Vertrauensleute aufsuchen zu lassen, und zu versuchen, sie für unsere Sache zu gewinnen. Viele würden so durch unsere Vertrauensleute aufsuchen zu lassen, und zu versuchen, sie für unsere Sache zu gewinnen. Viele würden so durch unsere Vertrauensleute aufsuchen zu lassen, und zu versuchen, sie für unsere Sache zu gewinnen.

Für den Kenner der Zentrumsgewerkschaften hat es dieser Entladung der christlichen Gewerkschaften für alle parteipolitischen Agitatoren nicht erst bedürft. Angesichts der Unberücksichtigung der Herren, die selbst sichtbare Tatsachen abzuleugnen pflegen, ist die von ihnen selbst verfaßte Urkunde äußerst merkwürdig.

Im übrigen aber offenbart das Schriftstück, welcher Mißbrauch von den Pfarrämtern mit den Listen der Zugewandenen getrieben wird. Sie erhalten die Namen lediglich zu Zwecken der Kirchensteuer von den Postleuten, benutzen sie aber zu kirchlichen Agitationszwecken, die ganz allein dem Zentrum zugunsten kommen und kommen sollen. Die Polizei ist verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, die diesen Mißbrauch für allemal unmöglich machen.

Der Verbandstag der Transportarbeiter.

Der vorige Woche in München stattfand, beschloß, mit den Verbänden der Seelente und Hafenarbeiter aus neue in Unterhandlungen wegen Veranschlagung der drei Verbände einzutreten. Wegen der schwebenden Differenzen soll die General-Kommission evtl. als Schlichter angereufen werden.

Der Handbuchmacherverband.

vollzieht nunmehr mit Ablauf dieses Monats seine Veranschlagung mit dem Seelentearbeiterverbande. Der Handbuchmacher stellt sein Erscheinen ab 1. Juli ein. Als gemeinsames Organ trägt die Leberarbeiterschaft den Untertitel: Organ des Verbandes aller in der Leber- und Leberhandbuch-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Das neue Bureau des Verbandes befindet sich vom 1. Juli ab: Berlin S. O. 83, Postfach 10. 80.

Die Aussperrung der Folgarbeiter in Rheinland-Westfalen.

schreit durch Abschließung von Ortsverträgen langsam ihrem Ende entgegen zu gehen. Einer der Ortsverträge ist unter der Hand der Arbeiter annehmbar Bedingungen am Freitag in Welfenkirchen zwischen den Parteien abgeschlossen worden. Danach tritt eine Rohzulage von 3 Pf. pro Stunde sofort ein, ferner wurde die wöchentliche 60minütige Arbeitszeit eingeführt. Spätestens am 1. Juni 1910 muß die 90minütige Arbeitszeit eingeführt sein. Zu gleicher Zeit tritt von da ab eine Rohzulage von 3 Pf. ein. Mit dem 1. Januar 1911 hat eine weitere Rohzulage von 1 Pf. und am 1. Januar 1912 wiederum eine solche von 1 Pf. zu erfolgen. Der Vertrag läuft bis 1912 und gilt für die Stadt Gelfenkirchen und die Bezirke Rothhausen und Wanne-Eidel. Nach nur wenigen Tagen redete man von einer allgemeinen Aussperrung.

Berthold Meryan. (Nachdr. verb.) Roman von Cornelia Huggen. (Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

„So für meine Person,“ fuhr Demers fort, „glaube, daß ich das Fortpflanzende, das das geistige Element, welche den Menschen in fortwährender Wechselwirkung stehen und gestalten, eine Einheit bilden. Was man Stoff und Geist nennt, sind bloß die für unser Bewußtsein verschiedenen Erscheinungsformen derselben Einheit: Natur. Am Ende dieses Jahrhunderts zum Beispiel, sehe ich die geistige Revolution ebenso hart hervortreten als die ökonomische. Trotz allem, was den Optimismus noch immer zu einem notwendigen sozialen Faktor macht, sind die Anzeichen eines höheren sittlichen Bewußtseins doch überall vorhanden. Es hat ganz den Anschein, als ob das, was John Ruskin der Begründer der Arbeiterkirche, als das Göttliche im Menschen bezeichnet, die Individuen schon jetzt für die höheren, älteren Lebensformen der Zukunft vorbereiten sollte. Und dieses unergänzliche, in der feingewirkten Menschenseele sich jetzt bereits offenbarende Moment, welches der Mystiker für etwas Göttliches hält, während der Biographen darin die ethische Mitgestaltung der Persönlichkeit erblicken wird, kann nach meiner Meinung durch eine Prognose gänzlich, wie die Arbeiterkirche sie entwirft, kräftig unterstützt werden. Gestützt wird sie durch die besten Gesellenbewußtseinen entgegenkommen.“

„Wäre Du nicht einmal mit Martialis darüber reden, Babe?“ fragte Anna dringend.

„Es würde ja doch zu nichts führen. Liebes Kind. Wie ich schon vorher bemerkt, frage ich davon eher eine Verschärfung der Klassenbitterung. Und diese Frage hat auch eine gewisse Berechtigung. Deshalb muß jeder nur nach seinen persönlichen Auffassungen arbeiten und entscheiden. Alle die verschiedenen Faktoren werden endlich durch eine neue Periode der Weltentwicklung beschleunigt, welche ebenso groß und einflußreich sein wird, wie es die kapitalistische Periode gewesen ist.“

„Denn er der Sache nun aber entgegenarbeitet?“

„Das wird er wohl nicht tun. Außerdem wenn die Arbeiterkirche hier wie in England, wieder zum Leben erweckt, was bei vielen schon eingeschlagen ist, wie Xreos ja behauptet, dann wird ein individuelles Engagieren der Sache nur wenig zu dem niederen, antireligiösen und unpolitischen Charakter unseres Volkes beitragen. Die Zukunft muß darüber entscheiden.“

„Dies doch seinen Brief...“ sagte Anna indem sie ihrem Vater das Schreiben überreichte.

„Wozum? Es ist nur alles so ausführlich schwarz auf weiß, daß ich einfach mündlich aussprechen?“

„Ja, wie eigentlich nicht wohl?“ antwortete Anna abschlagend. „Angesichts schreibt er, weil er im voraus wüßte, mir in der nürnbergischen Auseinandersetzung nicht gewollt zu sein. Welch' eine Ironie! Ein Redner wie er, sollte einem armen, seligen Wurm, wie ich bin, nicht gewachsen sein!“

Wiederholt tauchten die Eltern einen flüchtigen Blick mit einander. Dann las Demers den Brief.

„Martialis, ganz wie ich mir gedacht habe. Er behauptet auch, daß unsere Nation nicht die müßiggelastigsten Nationen der angelsächsischen Welt besitzt, und darin hat er auch keineswegs Unrecht. Wir Holländer sind eben so praxismäßig nüchtern, nur irgend müßig. Infolge launenhaftiger Veranlagung tritt liberal hervor. Und nicht durch das „Börsenromantische“, was unsere heutigen Modisten propagandieren und immer noch besser ist als unser Indifferentismus auf dem Gebiete des Theaters.“

„Aber hätte die englische Arbeiterkirche hier nicht gerade deshalb ihre wichtigste Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Pflege und Wiederbelebung des idealistischen Elements in der Arbeiterbewegung?“

„Freilich, aber ebenso wie in England, muß der Drang von den sozialistischen Arbeitern selbst ausgehen, wenn die Sache nicht etwas Künstliches haben, sondern wirklich lebensfähig werden soll. Man kann den Gedanken bloß anregen, ohne für die Ausführung sonst wesentlich viel tun zu können.“

„Wie schmerzhaft wird es sein, den Anweisungen und Ungewissheiten eines richtigen Begriffs von dem neuen Religion zu geben!“ bemerkte Frau Demers nachdenklich. „Wie soll man es ihnen nur begrifflich machen, daß dieselbe nicht einer außerhalb von uns stehenden Allmacht oder einem Schicksalserlöser, sondern einem höheren Gefühl in unserem eigenen Inneren dienen will, indem wir unsere besten Kräfte der Menschheit widmen, auf die Bezugszeit, welche bei Wandel unserer Weltmenschen immer entbehren müssen, bereit sind und die volle Entfaltung aller Fähigkeiten und einer jeden Individualität für alle anderen ebenso wichtig halten wie für uns selbst? Sie müssen einfach lernen, daß diese Religion den Gottesdienst der christlichen Kirchen, welcher die herrlich schönste Lehre des Bergpredigers zu einer Parodie macht, wieder in die Duldung predigt hat den Aufbruch, welche auf der Besorgung der Bedürfnisse begründet ist und die Armen mit Verdienungen auf ein besseres Jenseits bereitet, vollständig über den Haufen wirft.“

„Wenn die Arbeiterkirche also ganz von den Arbeitern selbst ausgeht, was, kann ich denn nicht dafür tun?“ fragte Anna mit einer gewissen Unzufriedenheit.

„Es doch, Du kannst sogar viel dafür tun...“ sagte ihr Vater. „Zunächst kannst Du durch Mitteilung von Beispielen aus dem praktischen Leben auf die Ungebilligen belehrend wirken; ferner würde es sich vielleicht empfehlen, dich mit Martialis zu verbinden, der die sozialistischen Arbeitergruppen, weil er ein Arbeiter ist, sehr wohl verstehen wird, beheimatung vorzuziehen, in Verbindung zu leben. Wenn diese, was ich nicht für ausge-

schlossen habe — der englischen Arbeiterkirche wohlwollend gegenüber sein sollte, ist begründet, die Aussicht vorhanden, daß seine Anhänger die Sache unterstützen werden.“

„Aber ich fürchte sehr, daß in diesem Falle Martialis und Tronion und deren Gefinnungsgenossen desto heftiger dagegen opponieren werden,“ sagte seine Frau.

„Das können wir abwarten. Ich glaube doch nicht, daß sie so unermesslich feind der Sache, als einem solchen Grund entgegen zu arbeiten. Uebrigens scheint Du ja gar nicht an Meryan zu denken, Anna. Er wird gewiß dafür sein und auf die Dauer ein nicht zu unterschätzender Bundesgenosse werden können.“

„Meryan...“ sagte sie gleichgültig, „nein, auf ihn rechne ich nicht.“

„Warum denn nicht?“

„Seine Erwartungen sind durch seine Ehe zu sehr enttäuscht worden.“

„Durch seine Ehe...“ sagte ihr Vater erstaunt. „Diese Ehe ist nicht sein Werk, sondern die Schuld seines Vaters, der ihn direkt dazu gezwungen hat. Er liebt das Mädchen, jetzt ist aber noch für viel zu jung und abhängig, um sich jetzt schon zu heiraten.“

Anna blinzelte einige Augenblicke schweigend vor sich hin.

„Er schien mir früher so fest überzeugt zu sein, und sein Denken und Fühlen fand ich so schön...“ Als ich dann von seiner Verlobung hörte, bewies ich ihm gar nicht, daß auch ich in jeder Hinsicht noch leben würde... und doch hätte ich auch so schön gefunden. Als ich zu ihm erfuhr, daß er sich schon etwas entäußert, aber ich dachte anfangs, ich bildete es mir nur ein. Nachdem sich aber nun herausgestellt hat, daß sie doch ein schönes, nichtsagendes Geschöpf ist... kann ich an dem Ernst seines Charakters nicht mehr glauben... und erwarde ich auch nichts mehr von ihm.“

„Anna, Anna,“ sagte ihr Mutter trocken, „urteile nicht so hart über Dinge, die Du unmöglich begreifen kannst.“

„Aber es hat sich doch gezeigt, daß diese Frau noch viel Kleiner ist, als wie wir nach dem ersten Eindruck geglaubt haben...“ entgegnete Anna erregt. „Wenn er wirklich der Mann wäre, für den wir ihn gehalten haben, wie ich immerhin die Würdigkeit ihres Charakters, nachdem sie ihn schon so lange kannte, ihm so ähnlich verbergen ließen.“

„Es gibt größere Küffel als dieses, Anna. Carla ist gerade eine von jenen Naturen, die auf junge Männer von Charakter und Willensstärke eine große Anziehung ausüben. Selbst im Falle sie weniger hübsch gewesen wäre, würde ihre moralisch und intellektuell Sittlichkeit, die man ihr so leicht anmerken kann, ihn bezaubert haben können. Außerdem hat sie jedenfalls auch alle anderen Eigenschaften angetan, um ihn glauben zu machen, daß sie ihn über alles liebt... und darin hat sie sicher ihre Hauptkraft gewandt. Und gegen dieses alles hätte er, arme Anna, wieder gewonnen sein sollen! Nein, von diesem Mädchen... und das ist auch recht glückselig — verzeihe Du mir nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

